

Enztal-Bote.

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis M. 3.80 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk M. 2.80, im sonstigen Inland, Verleger M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspalt. Zeile oder deren Raum 15 Pf., auswärts 20 Pf., Kleinanzeigen 10 Pf., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. G. d. 1919

Jahrgang 53 | In Wildbad: Wilhelmstraße 59 | Samstag, den 19. Juli 1919 | In Calmbach: Hauptstraße 109 | Nr. 158

Tageschau.

Die V. J. erzählt, daß die Antwort der deutschen Regierung auf die Note des Marschalls Koch in Weimar fertig gestellt sei. Sie werde der Zahlung einer Entschädigung an die Familie des Sergeanten Mannheim zustimmen, aber die geforderte Kontribution ablehnen.

Zufolge der Aufhebung des Belagerungszustandes und der sonstigen Zugeständnisse der Regierung ist sowohl der Generalstreik als auch der Bürgerstreik in Stettin aufgehoben worden.

Wie wir hören, ist es zu der deutsch-polnischen Front noch nicht zur Einstellung der Feindseligkeiten gekommen. Täglich unternehmen polnische Truppen starke Vorstöße gegen die Demarkationslinie. Die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiete ist den ständigen Belästigungen durch die Polen ausgesetzt.

Der „Times“ zufolge, soll die königliche Sanction des Friedensvertrags für Ende nächster Woche zu erwarten sein. Der offizielle Akt der Ratifikation durch die Krone würde alsbald folgen.

In amerikanischen gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß der Friedensvertrag vom Senat schwerlich vor Ende August ratifiziert werden wird.

Halbamtlich verlautet, daß v. Verdner zum deutschen Geschäftsträger in Frankreich ernannt worden ist.

Sonntagsgedanken.

Männer!

Die künftige Zeit wird Männer brauchen, Männer, die eben in dieser Periode der Zerstörung das Licht erblickt haben; und Söhne, mutig, froh, besonnen, das Heilige tief ins Herz gegraben, werden ein köstliches Gut sein.

Schleiermacher.

Wochenrundschau.

Der Gesekentwurf über die große Vermögensabgabe ist veröffentlicht. Der Besitz, soweit er nicht rechtzeitig ins Ausland geflüchtet ist oder sonstige Schlupfwinkel gefunden hat — Zeit und Gelegenheit dazu hat er ja reichlich gehabt — wird furchtbar bluten müssen. Der ursprüngliche Gedanke, den Kriegsgewinn ganz einzuziehen und zur Deduktion der Kriegsschulden zu verwenden, ist fallen gelassen und dafür der Besitz im Allgemeinen herangezogen worden nach dem Stand, so gut oder so schlecht er sich am 31. Dezember 1919 feststellen läßt. Und er wird scharf erfasst: bis zu 65 Prozent. Nur Vermögen bis zu 5000 Mark sind abgabenfrei. Streng genommen ist die Vermögensabgabe nichts anderes als eine 30jährige Rente zugunsten des Reichs, die dem Besitz auferlegt wird, und das Erträgnis von 70 bis 90 Milliarden soll ausschließlich zu dem löblichen Zweck verwendet werden, die Reichsschuld zu vermindern und dadurch allmählich die Zinsenlast herabzusetzen. Aber kein Mensch kann amoch sagen, ob das durchzuführen sein wird, denn nach Par. 248 des Friedensvertrags haften der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Reichs und seiner Staaten an erster Stelle für die Kosten der Wiedergutmachung, wie sie sich aus dem Friedensvertrag und aus „ergänzenden Verträgen und Abmachungen“ ergeben. Wir wissen also noch nicht, was wir der Entente schulden. Was und wie zu bezahlen ist, darüber entscheidet die famose „Kommission für Wiedergutmachung“, die uns die Entente auf die Nase gesetzt hat. Wir müssen es auf gut Glück darauf ankommen lassen, ob der große Wurf gelingt; aber großzügig mußte zugegriffen werden, das ging bei der Lage des Reichs nun einmal nicht anders.

An den anderen Steuerentwürfen, wie Kriegsgewinnsteuer, Erbschafts- und Tabaksteuer usw., die zusammen 1,2 Milliarden aufbringen und die auch noch in der Sommertagung der Nationalversammlung erledigt werden sollen, wird, abgesehen von Einzelheiten mehr technischer Art, nicht viel zu ändern sein: sie werden an Selbstverständlichkeit hingenommen. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Umsatzsteuer, deren Umfang noch schleierhaft ist, begegnet vielleicht schon mehr Schwierigkeiten. Aber sehr viel Staub haben die wichtigsten der Steuerentwürfe aufgewirbelt, die im Herbst der Nationalversammlung vorgelegt werden sollen: die Einkommen- und die Vermögenssteuer. Beide sollen empfindlich verschärft werden. Das wäre nicht absonderliches, denn jedermann hatte die starke finanzielle Belastung dieser Objekte erwartet. Aber das Reich beansprucht von den Steuererträgen nicht weniger als 75 Prozent oder drei Viertel und glaubt daraus die Berechtigung oder Notwendigkeit abzuleiten zu sollen, die direkten Steuern zur Reichsdomäne zu machen. Das hat

nur bei den Einzelstaaten, besonders in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen große Aufregung hervorgerufen, denn nachdem das Herzogtum, das Verkehrsweien (Post, Telegraphen, Eisenbahnen, Kanäle), Bergwerke, Wasserkräfte usw. und bis zu einem gewissen Maße auch das Schulwesen dem Reich überantwortet waren oder spätestens in Jahresfrist überliefert werden sollen, waren die direkten Steuern fast das einzige Hoheitsrecht der Einzelstaaten geblieben. Fallen auch diese weg, so bleibt von der Selbstverwaltung — von den Gemeinden — nur noch ein kümmerlicher Rest, wenig mehr als der bloße Name. Sie sind „Kostgänger des Reichs“ wie Bismarck sagte, freilich in einem ganz anderen Sinn, als Bismarck wollte, der ja stets streng darauf bedacht war, die Selbständigkeit der Bundesstaaten in möglichst weitem Umfang anrecht zu erhalten. Die süddeutschen Regierungen haben sich denn auch kräftig zur Wehre gesetzt, und in einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister in Weimar und bei einer Zusammenkunft in Heidelberg ihren Standpunkt nachdrücklich zu wahren versucht. Indessen, die Aussicht scheint nicht darnach zu sein, als ob es viel helfen werde; die Macht der Zwangslage ist riesengroß. — Außer den direkten Steuern wird auch ein Strauß von besonderen indirekten Abgaben der Nationalversammlung überreicht werden, ohne die nicht auszukommen ist, da einerseits der Bedarf durch direkte Steuern, die nicht grenzenlos sind, nicht zu decken ist und da andererseits die indirekten Steuern ein ergiebiger und sich nicht verringernbes Erträgnis zu haben pflegen. So soll denn namentlich der Luxusverbrauch getroffen werden und zwar, daß er zugleich eingedämmt wird, was man angesichts unserer wirtschaftlichen Lage nicht zu beklagen braucht.

Die Reform der Reichsfinanzen würde aber in der Zeit schwer, wenn man nicht mit gleicher Großzügigkeit an den Wiederaufbau der Volkswirtschaft überhaupt ginge. Und da hat der preussische Landwirtschaftsminister Braun Recht, wenn er mit dem Fundament aller gesunden Volkswirtschaft, der Landwirtschaft beginnen will. In einer Denkschrift an das Reichsministerium, die in den Einzelheiten noch nicht bekannt ist, verlangt er zunächst die Befreiung der landwirtschaftlichen Erzeugung (mit Ausnahme von Brot und Fleisch) von allen Fesseln der Zwangswirtschaft und die sofortige Beilegung der Kriegsgesellschaften, die ihr Wesen oder Unwesen schon viel zu lange getrieben haben. Milliarden von Bieren hätten mehr erzeugt werden können, wenn die Produktion freieren Spielraum gehabt hätte, und die Auswüchse des Schleichhandels und der wucherischen Preistreiber hätten niemals den verderblichen Umfang gewinnen können. Braun will daher auf eine mögliche Steigerung der Erzeugung hinwirken, die in den letzten Jahren bei der pflanzlichen Erzeugung auf 60, bei der tierischen gar auf 40 Prozent der früheren Höhe zurückgegangen ist. Wir ständen also „ob Aufhebung der Blockade heute vor dem Verhungern, wenn man nicht radikal durchgriffe. Denn wollte man den Abmangel unserer landwirtschaftlichen Erzeugung durch Käufe im Ausland decken, so müßten wir bei unserer Valuta jährlich 47 Milliarden dafür ausgeben, eine glatte Unmöglichkeit. Es geht also nur durch Vermehrung der Erzeugung, und um den Anreiz dazu zu geben, hat die Reichsregierung und der Wirtschaftsausschuss der Nationalversammlung bereits eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bewilligt, so für Roggen und Gerste von 15 auf 20 Mk., für Weizen auf 23 Mk., für Kartoffeln nach dem 15. September auf 6.25 bis 7.25 den Zentner. Auch die Preise für Rind- und Schlachtvieh wurden erhöht. Bisher hatten wir in dem von der Blockade eingeschlossenen Deutschland die weitaus billigsten Getreidepreise der Welt.

Soll aber die Landwirtschaft mit vollen Kräften arbeiten und das Volk mit den notwendigen Lebensmitteln versorgen können, so müssen ihr auch die Betriebsstoffe in ausreichendem Maße sichergestellt werden. Daher verlangt Braun weiter, daß die Stickstoff-, Kali- und Phosphor-Industrie vor allem mit Kohlen und sonstigen Bedarf genügend versehen werde. Diese Frage wird nicht so leicht zu lösen sein, da natürlich eine Schmälerung der sonstigen Industrie zu vermeiden ist. Deutschland hatte vor dem Kriege bei einer eigenen Förderung von jährlich 190 Millionen Tonnen Steinkohlen einen Verbrauch von 157 Mill. Tonnen, wozu 92 1/2 Mill. Tonnen Braunkohlen (davon über 87 Mill. Tonnen eigene Förderung) kamen. Durch den Friedensvertrag verlieren wir 4 Mill. Tonnen lothringischer Kohlen dauernd, 13 Mill. Tonnen des Saargebiets auf 15 Jahre; außerdem ist mit dem Verlust von 43 Mill. Tonnen ober-schlesischer Kohlen zu rechnen. Die 190 Mill. Tonnen Steinkohlen würden sich also auf etwa 130 Mill. er-mäßigen. Allerdings kommen auch die entrisenen Gebiete für die Kohlenversorgung nicht mehr in Betracht. Dagegen werden wir nach dem Friedensvertrag an Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien fünf Jahre lang

40 Mill. und weitere fünf Jahre 32 Mill. Tonnen Kohlen zu liefern haben, der für Deutschland verbleibende Rest schrumpft demnach auf 90 bis 100 Mill. Tonnen zusammen, wozu die 87 Mill. uns verbleibender Braunkohlen kommen. Die Kohlenfrage ist also der Brennpunkt des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, und da darf man nicht streifen, sondern muß fleißig arbeiten.

Gerade da fehlt aber leider so sehr. Nicht nur, daß die Kohlenförderung noch weit hinter der Friedensleistung zurückbleibt und daß die Eisenbahnerstreiks die Notlage so verschärft haben, daß man in den Städten wegen des Kohlenmangels tagelang das Gas absperrt und, wodurch die gewerbliche Tätigkeit die fatalsten Störungen erleidet, — neuerdings sind auch die Landarbeiter vom Streikfieber ergriffen trotz der Tarifverträge, die allenthalben im Reich abgeschlossen worden waren. Wie nicht anders zu erwarten, haben auch dabei wieder Bolschewiken aus Rußland die Hand im Spiel. Verwunderlich ist nur, daß es bei uns immer wieder Leute gibt, die auf die Verheerung hereinfallen und die nicht einsehen wollen, wie sehr sie durch die Schädigung des allgemeinen Wirtschaftslebens sich selbst schaden. Durch die Streiks werden die Lebensmittel usw. nicht mehr und nicht billiger, und das Ausland gibt uns nichts, außer für sehr teures Geld.

Unser Geld aber — es ist ja nur noch Papier — wird im Ausland bekanntlich recht nieder eingeschätzt; für einen amerikanischen Dollar, der einen Friedenswert von 4.20 Mk. hatte, müssen wir jetzt etwa 14 1/2 Mk. geben, um so viel sind natürlich, abgesehen von der teuren Fracht, den Wuchergelästen oder „Konjunkturen“ usw., auch die amerikanischen und sonstigen ausländischen Waren für uns im Preise gestiegen. Das Angebot der Amerikaner, uns eine Milliarde Dollar zur Stützung unserer Valuta zu kreditieren, müssen wir daher mit Dank annehmen, so sehr die Anleihe uns in die Schuldnenschaft Amerikas verstricken wird. Und England will, um den deutschen Markt nicht den „Assoziierten“ zu überlassen, ein gleiches tun. Es hat nämlich, wie Amerika, eine Masse von Waren gespeichert, die endlich an den Mann gebracht werden müssen, nach der Londoner „Daily Mail“ sollen für 900 Mill. Mk. Industriewaren bereit liegen, die auf den Abzug in Deutschland warten. Da kann England die Ausgabe einer Valuta-Anleihe von 1 bis 2 Milliarden Mark schon riskieren; sie soll reichliche Zinsen bringen.

Neues vom Tage.

Weimar, 18. Juli. Für die Besprechung der Programmrede Bauers sind vom nächsten Montag ab drei Tage in Aussicht genommen.

Gegen die Kapitalflucht.

Berlin, 18. Juli. Ueber Pläne der Reichsregierung zur Erfassung der ins Ausland gewanderten Kapitalien erzählt die Internationale Telegraphen-Agentur aus mehrheitssozialistischer Quelle, daß ein Notgesekentwurf vorbereitet wird, wonach an einem bestimmten Tage die Stempelung aller Wertpapiere vorgeschrieben werde. Ohne diese Stempelung verlieren sie ihren Geldwert. Dadurch werden die Besitzer solcher Kapitalien gezwungen, ihr Kapital zurückzuschaffen, wenn sie sich vor der völligen Entwertung schützen wollen.

Die Letzten aus Saloniki.

Danzig, 17. Juli. Der Dampfer „Adonis“ mit den letzten deutschen Soldaten aus Saloniki, 1000 Mann, ist hier eingetroffen.

Volschewistischer Aufruf.

Budapest, 17. Juli. Die ungarische Räterepublik richtet einen Aufruf an die Proletarier aller Länder, mit Ungarn und Rußland die Fahne der zerstörenden und aufbauenden Welt-Revolution zu entfalten und den Weltkrieg der Kapitalisten in den Kleinkrieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden umzukehren.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 17. Juli.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird mit der Abstimmung über die Artikel 118 und 119 fortgesetzt. Im Bezug auf die Ehe wird nach dem Antrag der dem. Partei beschlossen: Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. Der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verke als Frau bezeichnet zu werden, wird mit 138 gegen 133 Stimmen angenommen. Ferner der Antrag der Demokraten, den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre bürgerliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern.

Gleichzeitig wird auf Antrag der Demokraten die Bestimmung über die Förderung der Familien in folgender Fassung angenommen: Die Gesundheit und soziale Förderung der Familien ist Aufgabe des Staats und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Ferner wird die vom Ausschuss beantragte Entschließung angenommen, einen Gesekentwurf vorzulegen, der die rechtliche



und soziale Stellung der unehelichen Kinder in dem neubeschlossenen Sinne neu regelt.

Die übrigen Anträge werden abgelehnt. Artikel 120, die Jugend ist gegen Ausbeutung, sowie gegen sittliche geistliche oder körperliche Verwahrlosung zu schützen, wird angenommen.

Artikel 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Nur Versammlungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwartenden Reichsgefes anmeldepflichtig gemacht werden. Der Artikel wird angenommen.

Artikel 128 bestimmt das die Beamten Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei sein, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Bestimmung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet wird. Dazu legt u. a. ein Antrag Juchacz (Soz.) vor: alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt. Im Verlauf der weiteren Debatte begründet Abg. Dr. Coehn (N.S.D.) einen Antrag seiner Partei auf Beamtenschaft. Dieser Antrag wird abgelehnt, der Antrag Juchacz angenommen, desgleichen die Bestimmung, daß den Beamten die Einsicht in ihre Personalnachweise zu gewährt ist. Eine Entschließung des Ausschusses, das Recht der Reichstagsbeamten gesetzlich zu regeln, wird angenommen.

Die Sitzung wird auf 4/4 Uhr vertagt.

Um 8.45 Uhr wird die Sitzung von dem Vizepräsidenten Kaufmann wieder eröffnet.

Schriftführer Pfeiffer verliest ein Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der argentinischen Republik, die der Nationalversammlung ihre Freundschaft über die Unterzeichnung des Friedens von Versailles, auf den die Welt erwartet habe und mit dem die Nationalversammlung den Forderungen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit Rechnung getragen habe.

Vizepräsident Kaufmann dankt für die Gesinnungen, die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht werden. Hierauf Fortsetzung der Verfassungskommission. Der 3. Abschnitt behandelt die Grundrechte, die Religion und das Religionswesen.

Abg. Dr. Musbach (Z.) berichtet eingehend über die Beratungen des Ausschusses. Der Ausschuss hat die Sätze des Entwurfs erheblich erweitert.

Der ganze Abschnitt (Artikel 132 bis 148) wird zusammengefaßt. Der Abschnitt behandelt die Glaubensfreiheit (Artikel 132) die Freiheit der Religionsausübung (Artikel 131), die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (Artikel 134) die Ablosung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (Artikel 134), den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe (Artikel 136), die Erfüllung der religiösen Pflichten durch die Angehörigen der Behörde (Artikel 137), die Zwangslosigkeit bei der Vornahme religiöser Handlungen (Artikel 138).

Zu dem Artikel 134 beantragen die Unabhängigen die staatsrechtliche und vermögensrechtliche Trennung von Staat und Kirche, die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden.

Zu dem Artikel 135 verlangt ein Antrag Heintze (D.B.P.) und Genossen die Ablosung der auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen.

Abg. Kahl (D.B.P.) begründet den Antrag seiner Partei, daß nicht nur die auf Gesetzvertrag oder besonderen Rechtstitel, sondern auch die auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden.

Abg. Querschlag (S.): Wir bedauern das Steckenbleiben der Trennungsarbeiten.

Abg. Kaufmann (D.B.P.): Für die evangelische Kirche bedeutet die Verfassung eine neue Zeit, die unmittelbar an das große Jahr der Reformation anschließt, nämlich Lösung und Befreiung des religiösen Lebens. Der neue innerkirchliche und religiöse Parlamentarismus bringt neues Leben, aber auch neue Arbeit. Dieses neue Leben braucht kein Vorrecht für die Kirche. Wir müssen allen Religionsgemeinschaften die Rechte der öffentlichen Körperschaften geben.

Abg. Gräber (Z.): Mehrere Bundesstaaten besteuern bereits jetzt die Aktiengesellschaften zu Gunsten der Kirche. Die Nationalversammlung hat keine Veranlassung die Landesgesetzgebung zu entlasten.

Angenommen wird der Antrag des Abg. Kahl (D.B.P.)

Der Antrag der Sozialdemokraten auf vollständige Trennung von Staat und Kirche wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Frage der Religionsgesellschaften wird dahin entschieden daß die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben soweit sie solche bisher waren.

Nächste Sitzung Freitag vormittag 9.30 Uhr.

Amerikanisches Kapital in Deutschland.

England ist seiner Stellung als Weltbankier vielleicht für immer beraubt; Frankreich ist finanziell so schwer belastet, daß es als Geldgeber auch nicht in Betracht kommt. Dagegen sind die Vereinigten Staaten durch die erzielten enormen Gewinne und den Zustrom von Gold aus Europa während des Krieges das reichste Land der Welt geworden, das nicht nur seinen Bundesgenossen Anleihen und Kredite bewilligte, sondern auch nach Friedensschluß den mächtigsten Geld- und Kapitalmarkt darstellt und voraussichtlich auf lange Zeit hinaus der größte Gläubigerstaat bleiben wird. Diese gewaltigen amerikanischen Kapitalien suchen jetzt nach Beschäftigung, wie keine Waren nach den vorteilhaften Absatzmärkten drängen. Daher hat jetzt das Kapitalarme, in seiner Produktionskraft geschwächte Deutschland für das amerikanische Kapital eine nicht geringe Anziehungskraft. Ueber die Möglichkeit einer deutschen Anleihe in Amerika haben sich schon längst Gerüchte um: offiziell ist darüber von Amerika aber noch nichts verlautbart. Das private amerikanische Kapital aber hat bereits seine Betätigung in Deutschland gefunden. Das Interesse der amerikanischen Privatfirmen hat sich zunächst auf den deutschen Effektenmarkt gerichtet. So sind laut „M. N. M.“ in letzter Zeit größere Posten Kali-Aktien, sowie die Aktien einiger deutscher chemischer Großkonzerne, namentlich Badische Anilin und Sulfon-Farben erworben worden wobei offenbar die Absicht mitspielt hat, nach und nach maßgebenden Einfluß auf diese Industrie zu gewinnen. Diese Annäherung werden auch jetzt noch fortgesetzt, und haben zu großen Steigerungen der betreffenden Aktien geführt. Der Erwerb deutscher Bergwerksaktien ist in Holland und der Schweiz getätigt worden — wie man glaubt für die Amerikaner. Bekanntlich sollen sich die Amerikaner auch direkt an deutschen Betrieben beteiligen, bezw. solche aufgekauft haben.

Baden.

1.) **Maxau,** bei Karlsruhe, 17. Juli. Wegen dem Warenenschmuggel am Rhein gehen die französischen Besatzungsbehörden sehr streng vor. Anfang Juni war von der italienischen Brüdergesellschaft bei Maximiliansau eine zehnköpfige Schmugglergesellschaft ausfindig gemacht worden, welche über die Brücke oder nächstherweise mittels Schiff Speck, Schmalz und Schokolade beförderte; in der Nähe von Maximiliansau hatte die Bande ihr Lager, woselbst für viele tausend Mark Waren beschlagnahmt wurden. Die Schmuggler standen jetzt vor dem Landauer Polizeigericht und wurden zu Freiheitsstrafen von 1-2 Monaten und gleichzeitig zu Geldstrafen von 150-1500 Mk. verurteilt. Bei einigen Schmugglern waren Waren im Wert von 6000 Mk. eingezogen worden.

2.) **Mannheim,** 17. Juli. Zu einem aufregenden Zwischenfall kam es am Dienstagabend bei der Weinversteigerung. Ehrlose Franzosen hatten sich in das Wachtlokal der schwarzen Franzosen begeben. Dies veranlaßte eine Anzahl Bürgern, die schandlosen Weiber aus dem Wachtzimmer heranzuziehen und sie nach dem Schlosse zu transportieren. Vermutlich glaubte der dort ankommende Posten, es handle sich um einen Pulsch und gab einen Alarm aus. Als die Menge trotzdem näher rückte, warfen die Freiwilligen einige Handgranaten. Verletzt wurde niemand.

3.) **Mannheim,** 17. Juli. In der Nacht zum Dienstag wurden aus dem Straßenheimer Hof sieben schwere Schweine entwendet und an Ort und Stelle abgeschlachtet. In einem Auto sollen sie in der Richtung nach Mannheim fortgeschafft worden sein. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

4.) **Wiehental** (A. Bruchsal), 17. Juli. Auf Umwegen kam die erste Nachricht des längst toterglaubten Werksührers Hüfmann u. hier an. Er befindet sich seit 10 Monaten in rumänischer Gefangenenschaft.

5.) **Bühl,** 17. Juli. Bei dem letzten Schweinemarkt wurde für das Paar Ferrel bis zu 580 Mark bezahlt.

6.) **Neuenburg a. Rh.,** 17. Juli. Diese Fischer, die zum ersten Mal im Rhein fischen und heimwärts ziehen wollten, wurden von zwei französischen Offizieren und zwei Soldaten angehalten. Die Fischer wurden beschlagnahmt, weil die Fischer angeblich die Rute des Flusses überfahren hatten.

7.) **Kappelrodeck** bei Achern, 17. Juli. Ein umfangreiches Schleichhandelslager wurde bei dem Schnapsbrenner Karl Karcher entdeckt. Außer Lebensmitteln in großer Menge fand man ungefähr 400 Liter Branntwein, darunter auch ziemlich kirchswasser und für mehrere tausend Mark Veeresgut, darunter 2 Kisten Cognacwässer, die dem „Vollsfreund“ zufolge, von einem Sohn, welcher Kraftfahrer bei einer Sanitätskolonne war, nach Hause geschickt worden war.

8.) **Neustadt i. Schw.,** 17. Juli. Auf Antrag der hiesigen Arbeiterkassette wurde bei der Firma Himmelsbach und in mehreren Bauernhöfen eine Lebensmittelsuche veranstaltet. Dabei fand man u. a. über 2000 Pfd. Zucker, über 200 Pfd. Bohnenkaffee, nahezu einen Ztr. Honig, ferner 1 1/2 Ztr. Kase usw.

9.) **Billingen,** 17. Juli. Wie das „Billingen Volksblatt“ mitteilt, hat Reichsfinanzminister Erzberger eine ihm abgerufen überaus reichhaltige Eingabe des Billingener Gewerkschaftsrates an das badische Ministerium des Innern, worin bestimmte Vorschläge für die wirksame Bekämpfung der Preistreiberien durch Schleichhandel und Schleichungen empfohlen waren, bekräftigend an das Reichswirtschaftsministerium weitergegeben.

10.) **Konstanz,** 17. Juli. Vor dem Schwurgericht standen gestern die an der schweren Mordtat in Rheinfelden beteiligten Personen. Wie erinnerlich, hatten die jugendlichen Fabrikarbeiter, die Brüder Ehard und Otto Weber aus Zell, den Fabrikarbeiter und Schmuggler Ernst Kreuz auf Anstiften von dessen 23jähriger Ehefrau und ihrer Mutter ermordet und die Leiche vergraben. Ehard Weber wurde zu 10 Jahren, Otto Weber zu 8 Jahren, die Frau Kreuz zu 8 Jahren und ihre Mutter Emilie Stengle zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

11.) **Heberlingen,** 17. Juli. Für den heiligen Bürgermeisterei-posten liegen 30 Bewerbungen vor.

Gottfried Keller.

Zu seinem 100. Geburtstag am 19. Juli.

Die deutsche Schweiz verehrt in Gottfried Keller einen ihrer größten Söhne, nicht nur den Dichter, der, fest im Boden seiner Heimat wurzelnd, einen eigenen Stil alemannischer Erzählungskunst schuf und fast alle Schweizer Schriftsteller der jungen Generation entscheidend beeinflusste, sondern auch den vorbildlichen Bürger und Volksebildner, der sein Amt als Staatssekretär von Zürich wie ein hohes Symbol verwaltete.



Zum 100. Geburtstag des Dichters Gottfried Keller (19. Juli) feiert das Volk in Zürich ein Fest. Er am 19. Juli 1858 geboren wurde.

Der ausgesprochen lehrhafte Zug in Gottfried Kellers Schaffen wird von seinen Mitbürgern, an die er sich zu allererst wandte, natürlich am verständnisvollsten gewürdigt. Eine strenge Sittlichkeit, ein unbereicherter Glaube an das, was er selbst für das Richtige erkannt, ein unbegrenzter Wille, seine Ueberzeugung durchzusetzen, sichern Kellers Werken den Eindruck des Ehrenfesten, Kernigen, Bodenständigen. Die mangelhafte Erziehung, die er erst als Mann aus eigener Kraft mit unfähiger Mütter ergänzte, ließ die dem Dichter angeborene Blüte feinsten Kultur und Weltüberlegenheit nicht zu voller Entfaltung gelangen. Aber die Fülle seiner Gesichte, die Innigkeit der Gefühle, die ursprüngliche Kraft seines Ausdrucks, einer Sprache von prachtvoller Bildhaftigkeit, weisen ihm doch zugleich seinen Platz unter den Meistern der gesamtdeutschen Dichtung an, in unmittelbarer Nähe der Klassiker.

Gottfried Keller, der sich anfänglich der Landschaftsmalerei zugewandt hatte und erst nach schmerzlichen Enttäuschungen — und in bitterer Not die Begabung für die Dichtkunst in sich entdeckte, starb 71jährig am 16. Juli 1890 in Zürich, bewundert und gefeiert, so weit die deutsche Sprache klingt.

12.) **Vorrevi keine Neuwahl der lebenslänglichen Ersvorsteher.** Seit längerer Zeit waren Gerüchte im Umlauf, daß noch in diesem Jahre sämtlich auf Lebenszeit gewählten Ortsvorsteher sich einer Neuwahl zu unterziehen hätten. Tatsächlich ist ein Bescheid im Ministerium des Innern ausgearbeitet worden. Bei einer Besprechung des Ministers des Innern mit den politischen Parteien in diesen Tagen hat sich aber ergeben, daß sämtliche Parteien des Landtags gegen eine Neuwahl noch in diesem Jahre sich ausgesprochen haben.

13.) **Tiermehl.** Einem vielfach geäußerten Wunsch der Tierbesitzer entsprechend werden von den Tiermehlfabriken den Anlieferern von nicht abgekauften Kadavern außer dem Erbs aus der beschlagnahmten Haut 10 Kilo Tiermehl für Großvieh und 5 Kilo für Kleinvieh kostenlos überlassen. Das Tierkörpermehl ist ein eiweißhaltiges Kraftfutter, von dem Schweinen bis zu 1 Pfd., Mähnern 10 bis 20 Gramm für das Stück und täglich im Weichfutter beigemengt wird. Im Übrigen ist Fett- und Tierkörpermehl, das einen Teil des im Laden zur Verteilung gelangenden Mähnermischfutters bildet, beschlagnahmt. Leimgallerte wird in kleineren Mengen auch an Private abgegeben und in der festen Form mit 50 Mark für 100 Kilo berechnet.

Aus dem Bezirk

14.) **Wildbad,** 19. Juli. Wegen Raummangel muß der Gemeinderatsbericht für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

15.) **Gingesandt!** In der Zeitung wurde öffentlich angeündigt, daß das Sammeln von Heidelbeeren für Auswärtige streng verboten sei. Scharenweise kommen aber jetzt auswärtige Sammler und Sammlerrinnen mit den Bügen und schleifen abends die Heidelbeeren Rübeweis aus unseren Wäldern. Wo bleibt da die Polizei u., die doch sonst das Wenige, was nach Wildbad herinkommt, eifrig beschlagnahmt? Severus.

Württemberg.

16.) **Stuttgart,** 17. Juli. (Von der Handelskammer.) In der gestrigen Vollversammlung rühmte die Handelskammer gegen die geplante Komunalisierung von Handwerksbetrieben den schärfsten Einspruch, da durch derartige Maßnahmen der Untergang einer großen Anzahl selbständiger Existenzen und somit eine weitere Schädigung des Handwerks herbeigeführt würde, ohne daß ein Vorteil für die Allgemeinheit erzielt würde. Die Kammer wird für einen weiteren Ausbau der Organisation des Handwerks und für eine Anpassung an die heutigen Verhältnisse besorgt sein. — Nach einer Umfrage, die die Handelskammer in den Städten Württembergs angestellt hat, ergab sich, daß aus verschiedenen Orten des Kammerbezirks Einnendungen gegen die vollständige Sonntagsruhe erhoben werden. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe müsse durch ein Landesgesetz geregelt werden.

17.) **Stuttgart,** 17. Juli. (80. Geburtstag.) Der Geh. Hofrat Dr. Julius v. Jobst feiert am 19. Juli den 80. Geburtstag.

18.) **Stuttgart,** 17. Juli. (Unfall.) Heute mittag kam im Bahnhof-Bahnhof eine 50 Jahre alte Frau beim Besteigen eines in Bewegung befindlichen Zuges zu Fall. Sie wurde von dem Wagen erfasst und ihr der Brustkorb eingedrückt. Der Tod trat alsbald ein.

19.) **Stuttgart,** 17. Juli. (Reideraufflichter.) Auf den Straßenbahnhaltstellen Stuttgart-Schloßplatz, Stuttgart-Dampfbahnhof oder auf dem Verror der Straßenbahnwagen sind in den letzten Tagen einer Reihe von Frauen und Mädchen von hinten her, ohne daß es sofort bemerkt wurde, die Oberkleider (Mantel, Rock, Unterre!) mit einer Schere zerschnitten worden. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

20.) **Uhlingen,** 17. Juli. (Der verdächtige Henwagen.) Zwischen hier und Heberlingen wurde ein Henwagen angehalten. Dabei kam eine frisch geschlachtete Kuh zum Vorschein. Sie stammte von einer Schwarzschlachting des Gottlieb Hedel vom Schafhof bei Aichheim u. T.

21.) **Uhringen,** 17. Juli. (Jugendherbergen.) Es ist beabsichtigt, in Uhringen, Langenburg, Weildorf und Möckmühl Verbergen für die wandernde Jugend einzurichten.

22.) **Grailsheim,** 17. Juli. (Genossenschaftsgründung.) In einer zahlreich besuchten Versammlung von Landwirten des Bezirks wurde eine Bezugs- und Absatzgenossenschaft m. B. G. gegründet.

23.) **Schramberg,** 17. Juli. (Arbeiterbewegung.) Die gestern in Rothweil vor dem Schlichtungsausschuss geführten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Schwarzwälder Uhrenindustrie führten zu einem Vergleich, nachdem sich die Industriellen bereit erklärten, im Oktober einen bezahlten Urlaub von 3 1/2 Tagen zu gewähren und zwar auch den Arbeitern unter 18 Jahren, und umschadet dessen, ob durch etwaigen Rohemangel eine Arbeitslosenstellung eintritt. Da die Schwenninger Arbeiterkassette sich noch im Streik befindet, wird erwartet, daß sie nunmehr die Arbeit wieder aufnimmt.

24.) **Schramberg,** 17. Juli. (Leichenfund.) Auf dem Vohndörper in der Nähe des Bahnhofes Gausach wurde die Leiche eines noch unbekannten Mannes im Alter von 29-30 Jahren aufgefunden.

25.) **Ulm,** 17. Juli. (Es wird besser.) Kirchengärten wurden in letzter Zeit so reichlich hierher geliefert, daß der Konsumverein seine Läden am letzten Sonntag offen

halten und zu 80 Pfg. das Pfund verkaufen mußte. Die Stadt hat die Pächter städtischer Grundstücke verpflichtet, vom Heerenertrag der Pachtgrundstücke einen bestimmten Teil abzuliefern. Die Stadt erhält auf diese Weise etwa 500 Zentner Johannisbeeren.

(-) **Weingarten, 17. Juli.** (Beschlagnahme Seife.) Am Montag wurden bei einem Seifensieder 14 Zentner Friedenseife beschlagnahmt.

(-) **Waldsee, 17. Juli.** (Seltener Fund.) Mittelmüller Reine von Osterhofen fand im dortigen Wald eine ziemlich große, mehrere Pfund schwere Schildkröte mit bräunlich-gelb gewürfeltem Rücken. Sie tut ihm im Garten als Vertilgerin von Ungezieser vorzügliche Dienste.

(-) **Signaringen, 17. Juli.** (Ein guter Wunsch.) In einer Bauernvereinsversammlung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Bewirtschaftung aller landwirtschaftlichen Bodenerzeugnisse darf nur den dazu gegründeten Getreideabgabengesellschaften übertragen werden, andernfalls alle weiteren Folgen, die sich hieraus ergeben würden, abgelehnt werden.“

Württembergischer Landtag.

(-) **Stuttgart, 16. Juli.**
Der Landtag erledigte in der heutigen 39. Sitzung den Justizetat (Kap. 10 bis 15 des Haushaltsplans). Justizminister v. Kiene war nach überstandener längerer Krankheit in der Lage, die Etatsforderungen selbst zu vertreten. Er wurde von verschiedenen Rednern herzlich begrüßt. Auf dem Gebiet des Justizwesens wurden mancherlei Wünsche angebracht. So wurde von allen Parteien dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß alle Schichten der Bevölkerung, namentlich auch Arbeiter und Frauen, als Schöffen und Geschworene beigezogen werden. Ferner wurden einer Beschleunigung der Rechtssprechung und der Abklärung der Untersuchungshaft das Wort geredet.

Abg. Wurm (B.P.) brachte einige Fälle zur Sprache, wo die Verteidigung neu gewählter Gemeinderatsmitglieder wegen Verweigerung der Eidesleistung auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Für solche Fälle wünschte er aus religiösen und sittlichen Gründen die Anwendung einer anderen Verpflichtungsformel, da sonst der Eid in seiner Heiligkeit herabgewürdigt und zu einem Eintrittsbillet in eine Körperschaft werde. — Zum Schluß kam noch das Gesetz betr. die Arbeiter- und Bauerräte zur Verhandlung, die nach einem früheren Beschluß des Landtags am 15. Juli zu erörtern aufgehört hatten. Da aber die damals erwarteten Voraus-

setzungen — daß z. B. das Reichsgesetz über die Betriebsräte schon in Kraft gesetzt wäre — nicht eintrafen, so war eine anderweitige vorläufige Regelung der Frage erforderlich. Der Regierungsvorschlag, den Räten die Kontrolle über die Durchführung der Maßnahmen und Anordnungen der Regierung und der Kommunalverbände, sowie die Kontrolle über die Durchführung der Maßnahmen der Gemeinden auf dem Gebiet des Ernährungswesens vorläufig zu übertragen, wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Bürgerpartei angenommen.

Sitzungsbericht.

Präsident Reil eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr. Justizetat. Berichterstatter ist der Abg. Kesper (S.). Es liegt dazu ein Antrag des Finanzausschusses vor, durch eine gleichmäßige Heranziehung aller Volksschichten zu dem Amt als Schöffen und Geschworenen darauf hinzuwirken, daß die Gebühren für Schöffen und Geschworene erhöht werden.

Abg. Frau Zetkin (U.S.P.) führt Klage, daß die Sparkassenbruderei seit 1. April geschlossen sei, was sowohl gegen die Reichsgewerbeordnung, wie gegen das Preßgesetz verstoße. Die höheren Justizbeamten sollten bald pensioniert werden. Der Justizminister Kiene sollte sich einmal nach dem Geburtschein des Generalstaatsanwalts Kiene erkundigen.

Abg. Dr. Wölz (D.D.P.) wünscht gesetzliche Festlegung der Maßnahmen über die Präventivshaft. Dringend wünschenswert sei die aktive Mitwirkung der Schöffen an der Beratung. Von der Zuziehung von Arbeitern verspreche er sich nur Gutes. Bei Jugendgerichten müsse auch die Lehrerschaft und in geeigneten Fällen, so im Eheverfahren, sollten auch Frauen zur Rechtsprechung herangezogen werden. Gegenüber der Belastung des Personals der Justizverwaltung sollte Abhilfe geschaffen werden.

Abg. Dr. Schott (B.P.): Der Gang der mündlichen Verhandlungen bei Zivilprozessen sollte möglichst beschleunigt werden. Die Untersuchungshaft dauere viel zu lange, weil Straf- und Untersuchungsrichter überlastet sind. Alle Schichten des Volkes sollen zur Rechtsprechung herangezogen werden. Ein großer Prozentsatz der Anwälte befinde sich in einer Notlage. Auch bei anderen Verwaltungen sollte Anwälte Gelegenheit zur Beschäftigung gegeben werden (Kameralamt, Oberamt u. a.).

Abg. Bock (Z.) wünscht eine Erhöhung der Gehaltsföhrer der Rechtsanwälte und stimmt ebenso wie der Vorredner einem Antrag Kesper (S.) auf Heranziehung auch der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum zu.

Abg. Scheef (D.D.P.): In der Geschäftsführung der Siebener-Ausföhrer müsse Wandel eintreten. Die Überfüllung im mittleren Justizdienst müsse beseitigt werden. Die persönlichen Angriffe der Abg. Frau Zetkin auf den Justizminister bedauern er namens seiner Fraktion Dr. von Kiene verdiente den Dank des Landes, daß er sich habe bereit finden lassen, an die Spitze des Departements zu treten.

Justizminister Dr. v. Kiene: Bei sämtlichen Landgerichten seien Erhebungen im Gang wegen der Belastung der Anwälte mit Armenprozessen; die Belastung sei geringfügig. Die Amnestie vom 15. November habe nicht weniger als 27.116 Personen umfaßt. 129 akademisch gebildete Juristen sind im Krieg gefallen 56 Anwärter des mittleren Justizdienstes.

Es liegt im öffentlichen Interesse wenn auch Juristen zwischen 60 und 70 Jahren, die körperlich und geistig noch vollständig tüchtig sind, und die größte Berufserfahrung haben, im Amt bleiben. Er (Kiene) sei jetzt 67 Jahre alt, nach dem Alter der Frau Zetkin möge er nicht fragen. (Frau Zetkin: 62! Heiterkeit.) In den württ. Justizdienst seien 14 efföhrliche Justizbeamte übernommen worden. Die württ. Justizverwaltung habe bereits beim Reichsjustizamt die Verwendung auch von Frauen im Schöffendienst angeregt. Eine Erhöhung der Gehaltsföhrer für Schöffen und Geschworene sei ins Auge zu fassen. In Württemberg sei eine Warnung vor dem Rechtsstudium unnötig gewesen, da wir Mangel an höheren Juristen haben. Im mittleren Justizdienst lägen aber wesentlich ungünstigere Verhältnisse vor; hier müsse eine Besserung eintreten. Er (Kiene) strebe vollständig auf dem Standpunkt der Aufrechterhaltung der bestehenden Organisation der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Abg. Pollack (S.) wünscht eine Erhöhung der Zusagegebühr für Lehrer.

Abg. Winker (S.): Zuverlässige Rechtskonsulenten sollten nicht von den Räten abgemindert werden. Kriegsteilnehmer sollten gegen unrechtmäßiges Drängen durch Abzahlungsgeschäfte geschützt werden.

Abg. Vfr. Wurm (B.P.) wünscht, daß die bisher pflichtmäßige Eidesformel bei Verteidigung von Gemeindevorkrettern in besonderen Fällen durch eine andere Verpflichtungsformel ersetzt werde, da es vorgekommen sei, daß die Eidesabgabe verweigert wurde und so die Gefahr sei, daß der Eid, wenn er dann trotzdem geleistet werde, herabgewürdigt werde.

Der Antrag Kesper (S.) und der Ausschufsantrag werden einstimmig genehmigt.

Es folgt die Beratung des Gesetzes betreffend Änderung des Ubergangsgesetzes.

Abg. Hornung (U.S.P.): Das Kätesystem dürfte nicht abgebaut, sondern müsse ausgebaut werden. Die eigentliche Grundlage dieser Regierung bilde das System der Arbeiter- und Bauerräte. Die Arbeiter warteten ab, bis sie in der Lage seien sich die Exekutive zu geben. Die Rechte der Arbeiter- und Bauerräte seien demnach verkümmert worden, daß seine Partei den Gesekentwurf ablehne.

Abg. Zerkow (S.): Vrelte Schichten der Bevölkerung hätten gegen den Beschluß der Aufhebung der Arbeiter- und Bauerräte Protest eingelegt.

Abg. Körner (B.P.): Die Arbeitererräte seien ein Kind der Revolution mit russischem Geschmack. Die Einrichtung sei überflüssig, auch in der beschränkten Form. Die Ausgabe von 300.000 Mark entföhrte nicht der Not der Zeit.

Abg. Bock (Z.): Ein Bedürfnis für die Käte liege nicht mehr vor. Selbst das Gute, das geleistet werden könnte, sei die Kosten nicht wert.

Abg. Hartenstein (D.D.P.): Seine Partei stimme nicht aus Begeisterung für Arbeiter- und Bauerräte zu; sie wolle damit vielmehr nur anerkennen, daß der Landtag bei seinem Ausdehnungsbeschluß von einer nicht zutreffenden Voraussetzung ausgegangen sei.

Frau Abg. Zetkin (U.S.P.): Die Machtbefugnisse der Käte müßten erweitert werden. Mag man beschließen was man will, wir pfeifen darauf.

Der Entwurf wird in erster, zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Zentrums angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

Sozialdemokratische Partei.

Samstag, 19. Juli 1919, abends 8 Uhr,
im Gasthaus zur „Alten Linde“

Grosse öffentliche Versammlung.

Referent: Genosse **Otto Wassner**,
über

Das Ende des Weltkrieges.

Erscheint in Massen. ∴ Niemand darf fehlen

• Genossen und Genossinnen erscheint alle vollzählig. •

Der Ausschub der sozialdem. Partei.

Wer sich ein gutes Getränk bestellen will,
der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmoftansak

mit Heidelbeerzusaß
und mit Süßstoff, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet
Mk. 15.—, ferner

Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten,
zu 100 Liter Mk. 35.—

Viele Anerkennungen.

Robert Ruf, Heidelberg-Versandhaus, Ettlingen.
Raibwangen, 3. 11. 1918.

Eenden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmoftansak mit
Heidelbeerzusaß und mit Süßstoff zu 200 Liter. Mit dem
letzten war ich sehr zufrieden x.

gez. Christian Schneider, Bahnwärter.

Kuenheim (Amt Rehl), 2. Dez. 1918.

Da uns das aus Ihrem Kunstmoftansak hergestellte Ge-
tränk ausgezeichnet schmeckt und schon viele Freunde er-
worben hat, so ersuche ich Sie freundlichst um sofortige Zu-
sendung einer Flasche Kunstmoftansak mit Heidelbeerzusaß
und mit Süßstoff x.

gez. Karl Fr. Landenberger.

Niederlagen werden errichtet.

Grabdenkmäler Gedenktafeln für Gefallene etc.
Zeichnungen, Voranschläge.
Besuch jederzeit, kostenlos und unverbindlich.
Atelier für **Th. Preckel, Architekt, Pforzheim**
Grabmalkunst Westl. Karl-Friedrichstrasse 44.

Gluck-Gluck

Das bewährte Eier-
legemittel, wird dem
Hühnerfutter zugemischt.

„Percol“
mit Lebertranzzusaß,
Krampfmittel f. Schweine
Vorbeugungsmittel geg.
Rotlauf, erhöht die Freß-
lust ungemein.

Zu haben in der
**Medizinal-Progerie
Grundner's Nachf.**

Frauen

verwenden bei Be-
schwerden und
Störungen nur
Eisener-
Mittler



Tropfen
Hochwertigster
Böhmischer
Eisener-
Mittler

Mik. Rauh
Sanitätsgeschäft
Medico
Nürnberg
Karlstr. 47

Wildbad.

Kunst-Anzeige.

Die Seiltänzer-Gesellschaft Familie
Thyft, die hier in Wildbad sehr bekannt
ist, gibt auf dem freien Platz beim „Kühlen
Brunnen“ mehrere Vorstellungen.

Die erste Vorstellung beginnt
Freitag Abend nach 8 Uhr.
Bei einer jeden Vorstellung
**Beseigung des hochgespannten
Matrosenseiles**

auf dem die schwierigsten Produktionen aus-
geführt werden. Besonders hervorzuheben sind
die Geschwister Thyft und Gebrüder Alberto.

Preise der Plätze: Sitzplatz Mk. 1.50,
Stehplatz Mk. 1.—. Kinder zahlen auf allen
Plätzen die Hälfte. — Weitere Vorstellungen
finden am Samstag und Sonntag nachmittag
um 3 Uhr und abends 8 Uhr statt.
Montag die letzte Vorstellung. Alles
nähere besagen die Anschlag-Plakate.
Um recht zahlreichem Besuch bittet die
Direktion Thyft.



Schuhwaren!

☞ Pantoffeln ☞
und Hauschuhe mit Ledersohlen

Gummi-Abjäge, Leders, Maccos, Seide- u. Eisen-
garnriemen, sowie feinste, geruchlose Schuhcreme in
schwarz, weiß und farbig empfiehlt

Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.

Möbel werden wie neu

wenn sie „Kival“ verwenden. „Kival“ ist eine Mischung
für den Lack und die Politur der Möbel, nimmt alle Flecken,
Schmutz, selbst Tintenspritzer von der Politur weg und läßt
eine glänzende Oberfläche zurück. Glänzende Atteste.

„Kival“ ist zu haben bei **Wilhelm Schneiderberger,**
Eisenwaren, Wildbad. Preis pro Flasche 2 Mk. postfrei,
gegen Nachnahme direkt durch den Fabrikanten.
H. Schmid, Apotheker, Groß-Sachsenheim 28 (Würt-
temberg). Niederverkäufer erhalten angemessenen Rabatt.

Briefumschläge

mit und ohne Aufdruck liefert
Wildbader Verlagsdruckerei.



Kinderwagen Sportwagen

Kindermöbel Leiterwagen
sowie einzelne Räder in nur bester
Ausführung. —

Ledwaren, Koffer u. Reiseartikel
empfiehlt

Wilh. Bros, Pforzheim
E. Gebr. Terrenner u. Baumstr. 17

„Alte Linde“ Wildbad
Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr

— Lustiger —

Meister-Abend

Arnold Meister
vom Landestheater Stuttgart am Flügel.

Eigenes ∴ Wiener Lieder
∴ und heitere Schlager. ∴

Karten zu 3.—, 2.— und 1.— Mk. in der Buchhandlung
Crittler, König-Karlstr. 187 und Enzkolonaden.

Danksagung.

Seine Excellenz Herr Geh. Hofrat Dr. von Jobst aus Stuttgart hat anlässlich seines heutigen 80. Geburtstages aus Dankbarkeit für eine 30 jährige Kurzeit in Wildbad der hiesigen Stadtgemeinde ein Kapital von 5000 Mk. gestiftet. Für diese hochherzige Stiftung bringe ich namens der Stadtgemeinde tiefgefühltesten Dank mit dem Wunsche zum Ausdruck, dass der edle Stifter sich noch recht lange voller Gesundheit und Lebensfrische erfreuen und noch viele Jahre ein treuer Kurgast unseres Bades sein möge.

Wildbad, den 19. Juli 1919.

Stadtschultheiss Bätzner.

Oberamt Neuenbürg.

Höchstpreise für Erbsen.

Von der Landesversorgungsstelle beziehungsweise von dem Kommunalverband sind für Erbsen (grüne Brockelerbsen) folgende Höchstpreise für das 1/2 Kilo festgesetzt worden:

Erzeugerhöchstpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
28,-	35,-	42,-

Die Ueberschreitung dieser Höchstpreise ist strafbar.

Den 16. Juli 1919. J. B. Hilling, Reg.-Aff.

Veröffentlicht:

Wildbad, den 18. Juli 1919.

Stadtschultheissenamt: Bägner.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.

Den Gemeinden wird in den nächsten Tagen amerikanischer Speck zugewiesen.

Im Kleinverkauf darf ein Höchstpreis von 7 Mk. 80 Pfg. pro Kilo nicht überschritten werden. Der ausländische Speck ist nicht gefahren, sondern nur mit Borfäure haltbar gemacht. Es ist dringend zu empfehlen, das Fleisch zur Entfernung der aufgestreuten ungenießbaren Salze mehrere Stunden in Wasser zu legen und nur in gründlich geseihtem oder durchbratenem Zustand zu genießen. Für längere Aufbewahrung empfiehlt sich das Mäuchern des Specks.

Den 17. Juli 1919.

Oberamtspfleger Köbler.

Veröffentlicht:

Wildbad, den 18. Juli 1919.

Stadtschultheissenamt: B a e g n e r.

Kommunal-Ware.

Es wurden mir zugeteilt:

76 Paar in Stand gesetzte Mannsunterhosen à	Mk. 2.50
36 Stück " " Mannshemden "	2.50
29 " fertige Frauen-Unterröcke (Biber) "	8.—
26 " schwere Winter-Männer-Toppen "	75.—
62 " Dreil-Anzüge "	27.30
13 " zteilige Herren-Anzüge (rein Wolle) "	120.—
85 m Nesselstoff für Leintücher "	3.60
30 Stück Frauenbinden "	0.70
20 " gestrikte Westen "	18.50

Sämtliche Artikel sind äußerst preiswert und gute Qualitäten.

900 Rollen Faden weiß u. schwarz p. Rolle 50 Pfg.

Philipp Bosch, Wildbad Telefon Nr. 32.

J. B. W.

Verteilung Montag mittag.

Empfehle

Gindunstapparate, Conserbengläser Gummiringe in allen Größen beste Qualität - Neuheit

Bott's Conserbengläser

ermöglichen sofortiges leichtes Öffnen ohne Glasöffner. Verziehen der Gummiring-Deckel oder Gläser ausgeschlossen.

Carl Güthler, Wildbad.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen: Ortsgruppe Wildbad.

Zu der am Sonntag, den 20. Juli nachmittags 2 Uhr im Gasthaus zum „Anker“ in Neuenbürg stattfindenden Massen-Versammlung des ganzen Oberamts sind sämtliche Mitglieder im Interesse der Sache eingeladen.

Dauernde Beschäftigung

finden 4 ältere, tüchtige

Bollgatter-Säger

bei

Louis Barth, Sägewerk, Calmbach.

Forstamt Meistern. Nadelkammholz-Berkauf.

Am Freitag, den 25. Juli 1919, vorm. 9 Uhr in Wildbad im Gasthaus zum Jägerstübli (im Anschl. an die Verkäufe der Forstämter Engstlöcherle u. Wildbad) aus Staatswald Abt. 6 Dachsenweide, 7 Enzriß, 9 Eichenstube, 11 Holzweise, 12 Neuriß, 18 Meisterebene Jm. Langholz: 225 I., 204 II., 144 III., 56 IV., 46 V. Kl.; Sägholz: 154 I., 125 II., 16 III. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Schöne, billige

Ruhe- u. Klubsessel Büro- u. Schreibische F. O. Wäntner, Stuttgart Friedrichstraße 13.

Wildbad, den 18. Juli 1919.

Codez-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere liebe, treubeforgte Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Wilhelmine Link, Witwe, geb. Entbub,

nach kurzem, mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von 80 Jahren am 18. Juli morgens 1/2 Uhr sanft im Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen: Familie Fritz Link.

Beerdigung: Sonntag, den 20. Juli nachmittags 3 Uhr.

!! Aufruf !!

Deutsche Volksgenossen sind durch unser nationales Unglück noch tiefer in Not geraten als wir selbst, indem sie von Haus und Hof vertrieben, ihres Eigentums beraubt sind. Ihre Existenz ist vernichtet, und heimatlos sind sie zu uns geflüchtet! Vergessen wir aber unsere eigenen Sorgen nicht das grausame Schicksal der ausgewiesenen Eltläßer, wir, die wir unser Heim, unsere Heimatstadt unversehrt behalten durften, helfen wir ihnen ein neues Heim errichten, indem wir, jeder nach seinem Vorrat, ein Stückchen Wäsche stiften, da hierin großer Mangel herrscht. Wir wissen wohl, daß dieser Mangel bald überall zu Tage tritt, und nehmen deshalb auch die kleinste Gabe mit herzlichem Danke an. Wir werden uns erlauben, nächste Woche einige Schülerinnen von Haus zu Haus zu schicken, um die Gaben abzuholen; auch sind die Unterzeichneten gerne bereit, solche anzunehmen.

Frau Dr. Grunow, Frau Forstmeister Fuchs, Hauptlehrer Walz.

Nur heute Mittag!

Im Hotel Schmid (Café) habe ich mein Lager in Damenblusen u. Herrenselbstbinder zur Besichtigung ohne Kaufzwang aufgelegt.

FIRMA GLAUMER

Ein Perjaner Pelzfragen

gefunden gegen Finderlohn und Einrückungsgebühr beim Portier im Hotel Post abzuholen.

Schokolade u. Bonbons

sowie

Toilettenseife

in Stückchen zu 1.50 bis 8 Mk.

Sunlichtseife

empfehlen

Drog. Albert Barth, Calmbach.

für sofort tüchtige

Zimmer-Mädchen

gesucht. Badhotel.

Tüchtiges

Mädchen,

das schon in gutem Haushalt gedient hat, für sofort oder später gesucht.

Fr. Fabr. Wenning, Pforzheim, Durlacherstraße 25.

KURSAAL WILDBAD.

Samstag den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr

Silcher-Konzert

(nur Kompositionen von Friedrich Silcher geb. 27. Juni 1789 in Schnait, gest. 26. Aug. 1860 in Tübingen)

zum Besten der Kriegsblinden- Fürsorge Württemberg.

Preise der Plätze: Mk. 3.—, 2.—, 1.50 und Mk. 1.— Vorverkauf an der Kasse des Königl. Karl-Bads. Während der Vorträge ist kein Einlass.

LIEDERKRANZ

Wildbad.

Zur Beerdigung von Frau Link treten die Sänger am Sonntag punkt 1/3 Uhr am Trauerhaus an. Beerdigung 3 Uhr. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Active und passive Mitglieder treffen sich heute Abend nach dem Konzert im Hotel Waissch.

Der Vorstand.

frisch eingetroffen: Brockelerbsen, das Pfund 45 Pfg. holl. Gurken, das Pfund 2.50 Mk. Zitronen, Stück 60 und 70 Pfg. Heidelbeeren, Pfund 1.50 Mk.

Pfannkuch & Co. Telefon 118: Wildbad.

Zu Auftrag zu verkaufen gut erhaltener

Fack-Anzug (Hose noch ungetragen) für mittlere Größe, sowie ein

Jünglings-Anzug (16-17 Jahre) Aug. Waidelich, Schneidewstr., Wilhelmstr. 88.

Zwei Waggons Brennholz kauft Reformshule Wildb.

Gelbes Geldtäschchen mit Inhalt verloren gegangen. Abzugeben gegen Belohnung bei Ltn. Morgenstern, Militär-Kuranstalt.

Verloren ging am Mittwoch, in der Nähe der Milchabgabestelle eine Kinderbrille, mit Futeral. Abzugeben gegen Finderlohn bei der Exped. ds. Blattes.

Verloren 1 Brillant-Collier in alter Fassung, in der Nähe des Hotel Klump. Gegen Belohnung abzugeben im Hotel Klump.

Verloren 1 Brillant-Collier in alter Fassung, in der Nähe des Hotel Klump. Gegen Belohnung abzugeben im Hotel Klump.

Ein anständiges, fleißiges Zimmermädchen sofort gesucht. Hotel Stolzenfels

Heilung u. Stärkung

führt der elektrische Strom dem erkrankten Körper zu. Das beweisen die Tausende von Anerkennungen, die der Wohlmuth'sche elektro-galvanische Heilapparat bis jetzt erhalten hat und täglich noch erhält. Ob die Nerven verlagen oder eingewurzelte Uebel, wie Lähmungen, schwere Sichts, den Kranken quälend, dieser Heilapparat beizichtigt die Schmerzen und führt dem Körper neue Lebenskraft zu. Diese Tatsache wird auch von bekannten Aerzten bestätigt. Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse noch heute Druckschriften darüber oder lernen den Apparat in Tätigkeit unserer hiesigen Geschäftsstelle kennen.

G. Wohlmuth & Co., Fabrik elektro-galv. Heilapparate Konstant. Kreuzlingerstraße. — Alleinverretung: — Theo Glauner, Freudenstadt.

Stets frische Bohnen empfiehlt zu Tagespreisen. Robert Stirner.

Ev. Gottesdienst Sonntag, den 20. Juli. Vorm. 10 Uhr Predigt. Stadtpfar Rötlich. Die Christenlehre fällt aus. Abends 7 1/2 Uhr Bibelstunde. Stadtpfar Rötlich.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, den 20. Juli. 9 1/2 Uhr Pred. und Amt. 2 Uhr nachm. Andacht. Montag keine hl. Messe. An den übrigen Tagen der Woche 7 Uhr hl. Messe.

Beichte: Samstag nachmittag von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 8 1/2 Uhr an den Werktagen bei der Frühmesse.

Ev. Jünglingsverein Sonntag, den 20. Juli. Teilnehmer an der Bezirkskonferenz in Neuenbürg: Abfahrt 1.32 Uhr.

Ev. Gottesdienst in Calmbach. Sonntag, 20. Juli. 9 1/2 Uhr Predigtgottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Töchter.) Mittwoch, 23. Juli. 8 Uhr Bibelstunde (Hob).

Landeskur-Theater

Samstag, den 19. Juli Die verlorene Tochter

Sonntag, den 20. Juli Mamselle Nitouche.

